

Limmattal, im September 2020

Medienmitteilung der Wirtschaftskammer Schlieren (WKS) und des Industrie- und Handelsvereins Dietikon (IHV) zu den wirtschaftsrelevanten Abstimmungen vom 27.9.20

Die Wirtschaftskammer Schlieren (WKS) und der Industrie- und Handelsverein Dietikon (IHV) haben folgende Parolen zu den wirtschaftsrelevanten Abstimmungen vom 27.9.20 gefasst:

Eidgenössische Vorlagen:

Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten):

Die vorgeschlagenen Erhöhungen des allgemeinen Kinderabzuges und des Abzugs für Betreuungskosten entlastet Familien und Alleinerziehende. Die Wirtschaft unterstützt diese Änderung, weil sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert.

Ja zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge:

Sicherheit und Stabilität haben unserem Land grossen Wohlstand beschert. Deshalb gilt es, unserer Sicherheit und unserer Armee Sorge zu tragen. Dazu gehört ein wirksamer Schutz unseres Luftraumes. Deshalb unterstützen wir die dringend notwendige Erneuerung der Kampfflugzeuge

Nein zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»:

Gerade in der jetzigen Situation der Corona-Krise, in der unsere Wirtschaft geschwächt ist, sind wir auf stabile Beziehungen mit unserem wichtigsten Handelspartner angewiesen! Ein Wegfall der bilateralen Verträge würde Arbeitsplätze und unseren Wohlstand gefährden. Aus diesem Grund lehnen wir die Begrenzungsinitiative klar ab. Wir stehen aber hinter den flankierenden Massnahmen zum Schutz des Lohnniveaus in der Schweiz.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbssersatzgesetz, EOG):

Die vorgeschlagene gesetzliche Verankerung eines obligatorischen Vaterschaftsurlaubes untergräbt die heutige Sozialpartnerschaft. Es soll nicht staatlich reguliert werden, ob und wie viele zusätzliche Ferientage für frischgebackene Väter angeboten werden müssen.

Kantonale Vorlagen:

Ja zum Zusatzleistungsgesetz (ZLG) (Beiträge des Kantons):

Heute sind die Sozialkosten unter den Gemeinden des Kantons sehr ungleich verteilt. Die Budgets der Limmattaler Gemeinden sind durch Sozialabgaben stark belastet. Auch haben die Gemeinden kaum Einfluss auf deren Höhe, da sie die Vorgaben des Kantons und des Bundes umsetzen müssen. Das ZLG mildert diese Problematik.

Nein zum Strassengesetz (StrG) (Unterhalt von Gemeindestrassen):

Eine Änderung des Strassengesetzes ist abzulehnen, weil diese wichtige finanzielle Mittel für die Kantonsstrassen aus dem Strassenfonds ohne Grund und Not in die Gemeindekassen umverteilt. Langfristig würden dadurch kantonale Mittel für Erneuerungsarbeiten, aber auch für Umfahrungsstrassen und Velowege fehlen.

Dr. Andreas Geistlich
Präsident Wirtschaftskammer Schlieren

Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon